

Hier fehlt es nicht an Lehrkräften

Trotz tieferen Löhnen Der Lehrermangel zwingt die Volksschule zu Notlösungen; seit dem Schulstart unterrichten Laien ohne Diplom. Die Privatschulen aber bleiben verschont: Sie erhalten sogar Bewerbungen, wenn keine Stellen ausgeschrieben sind. Weshalb nur?

Jigme Garne

Mit Mühe und Not konnten die Schulen im Kanton Zürich praktisch alle Lehrerstellen besetzen. Dazu bedurfte es einer Notlösung: Zum Schulstart gestern unterrichten 330 Laien ohne anerkanntes Diplom. Die Bildungsdirektion war zu diesem umstrittenen Schritt gezwungen, weil die Lehrkräfte fehlen. Der Grund sind steigende Schülerzahlen, viele Pensionierungen in der Lehrerschaft und etliche Berufsaussteigerinnen.

An den Zürcher Privatschulen dagegen geht dieser Personal-mangel fast spurlos vorbei. Dieses Bild vermitteln sechs grössere Privatschulen auf Anfrage dieser Zeitung. Und dies, obwohl viele Privatschulen tiefere Löhne zahlen als die Volksschule. Warum ist das so?

1 Loyalität zur Schule

Alle sechs angefragten Schulleitungen geben an, dass die Fluktuation bei ihnen tief sei. «Das ist sicherlich auf eine gewisse Loyalität der Lehrpersonen zurückzuführen», sagt Eric Mettler von der Schule Zürich Nord. Er stelle eine hohe Identifikation der Lehrpersonen mit der Schule fest, da sie an der Ausgestaltung des Profils stark beteiligt seien.

«Die Loyalität ist höher, weil sich die Mitarbeitenden bewusst für unser Schulkonzept entschieden haben und sich damit sehr wohl fühlen, was sich in einer hohen Berufszufriedenheit niederschlägt», sagt Florence Bernhard von der Gesamtschule Winterthur.

Lukas Wunderlich von der Rudolf-Steiner-Schule in Wetzikon sagt, die Lehrkräfte seien überzeugt vom pädagogischen Konzept und deshalb bereit, Lohneinbussen in Kauf zu nehmen. Diese sind insbesondere bei den Steiner-Schulen gross, da diese tiefere Schulgelder verlangen. Laut Wunderlich verdienen Lehrkräfte durchschnittlich 20 Prozent weniger als an der Volksschule. Auf Gymi-Ebene gar 40 Prozent.

Von einem ausgeprägten Teamspirit und einer familiären Gemeinschaft spricht Roger Frei von der Freien Schule Winterthur,



Ihm fehlen keine Lehrkräfte: Nicolas Rüttimann, Schulleiter der Gesamtschule Unterstrass. Foto: Urs Jaudas

wo 25 Lehrkräfte unterrichten. «Ein Unterschied zur Volksschule ist sicherlich, dass die Schülerinnen und Schüler nicht einfach so zu uns gelangen. Wir bewegen uns als KMU in einem Marktumfeld. Die Verbindlichkeiten sind für die Mitarbeitenden grösser.»

2 Volksschulmüde Lehrkräfte laufen über

Er habe den Lehrermangel etwas zu spüren bekommen, als es auf eine ausgeschriebene Stelle nur eine Bewerbung gegeben habe, sagt Roger Frei. «Früher waren es eher sechs bis acht valable Bewerbungen pro Stelle.» In der Not Laien als Klassenlehrpersonen anzustellen, wäre laut Frei aber nicht infrage gekommen. Das könne sich eine Privatschule nicht leisten.

Andere Schulleiter berichten, dass sie vom Lehrermangel nichts spürten. Im Gegenteil: Sowohl die Schloss-Schule Uster als auch die Gesamtschule Winterthur geben an, regelmässig Blindbewerbungen zu erhalten, obwohl sie keine Stellen ausgeschrieben haben.

«Es kommen immer wieder Lehrpersonen zu uns, die volksschulmüde geworden sind», sagt Lukas Wunderlich von der Wetziker Steiner-Schule. Jedes Jahr sei dies zwei- bis dreimal der Fall. Diesen Sommer starte beispielsweise eine erfahrene Sek-Lehrperson. «Nach zwanzig Jahren Volksschule sagt sie, dass es nicht mehr gehe.» Sie suche ein Umfeld, das zu ihren pädagogischen Ansprüchen passe.

3 Kleinere Klassen, weniger Administration

Verschiedene Schulleitungen geben an, dass sie kleinere Klassen als die Volksschule oder aber mehr Lehrkräfte pro Klasse haben. Das macht den Unterricht auch für Lehrpersonen attraktiv. Fast doppelt so gross ist der Stellschlüssel nach Angaben des Schulleiters Nicolas Rüttimann an der Gesamtschule Unterstrass. Unterrichtet wird in Stufen: In der Unterstufe werden jeweils je acht Kinder von der 2. bis zur 4. Klasse zusammengezogen, also 24 Schulkinder. Mit zwei Lehrkräften oder 200 Stellenprozenten ist die Stufe grosszügig besetzt. Die Angestellten verdienen laut Rüttimann nicht weniger als an der Volksschule.

Der Schulleiter wehrt sich gegen den Einwand, Privatschulen hätten es dank zahlender Eltern einfacher: «Uns steht pro Schulkind nicht mehr Geld zur Verfügung als der Volksschule. Wir arbeiten mit den gleichen Lehrplänen. Aber wir haben andere Wege, um von A nach B zu kommen.»

Mehrere Schulen geben ausserdem an, dass man die Lehrkräfte bei administrativen Arbeiten entlaste. Dadurch könnten sie sich auf pädagogische Aufgaben konzentrieren und an der Schulentwicklung mitwirken. «Darum ist eine kleine, überschaubare Schule wie unsere eine attraktive Alternative für Lehrpersonen», sagt Kaspar Probst von der Schloss-Schule Uster.

Teure Alternative zur Volksschule

Bildung ist ein Menschenrecht, darum ist die Volksschule kostenlos. Wer sein Kind aber in eine Privatschule schickt, muss das aus der eigenen Tasche bezahlen. Die Kosten sind unterschiedlich, eine Richtgrösse für die meisten Privatschulen sind rund 2000 Franken pro Monat und Kind. Zu den Ausnahmen zählen die Rudolf-Steiner-Schulen, die einkommensabhängige Schulgelder und ab dem zweiten Kind deutlich weniger verrechnen.

Trotz der hohen Kosten sind viele Privatschulen erfolgreich.

Die für diesen Artikel angefragten Schulen berichten von stabilen oder steigenden Anmeldezahlen. Die Gesamtschule Unterstrass, die 100 Schulkinder zählt, führt eine Warteliste mit 500 Anmeldungen. «Wir haben sogar schon eine Handvoll pränataler Anmeldungen erhalten», sagt der Schulleiter Nicolas Rüttimann. Er relativiert die hohe Zahl: Oftmals lassen sich Eltern auf die Warteliste setzen, um eine Alternative in der Hinterhand zu haben, falls es mit der Volksschule nicht «klappt». (jig)

Teure Forderungen für die Rettung der Schule

Lehrermangel Die SP will die Lehrpersonen besserstellen und reicht gleich sechs Vorstösse ein. Die Mehrkosten wären in Millionenhöhe.

Gestern, am ersten Schultag nach den Sommerferien, sind zwar alle Kinder von einer Lehrperson empfangen worden. Doch über 300 von ihnen haben die geforderte Ausbildung nicht. Der Personalmarkt ist ausgetrocknet, der Lehrermangel so massiv wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Nun haben die Sozialdemokraten im Kantonsrat pünktlich zum Schulstart ein Paket von sechs Vorstössen ausgearbeitet, die das Problem lösen sollen. Hauptstossrichtung: die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen verbessern. «Lehrerinnen ohne Diplom dürfen auf keinen Fall zur Dauerlösung werden», sagt Carmen Marty Fässler (Adliswil).

Zwei Vorstösse hat die SP gestern bereits eingereicht. Zum ei-

nen verlangt sie eine bessere Altersentlastung von Lehrpersonen über 50. Zum anderen sollen die Lehrpersonen pro Unterrichtsstunde mehr Arbeitszeit erhalten.

Konkret hätten die Lehrerinnen im Jahr vier Stunden mehr Zeit zur Verfügung, um eine Unterrichtslektion vor- und nachzubereiten.

In der Pipeline haben die Sozialdemokraten noch vier weitere Vorstösse: Entlastung der Lehrerinnen durch die Schulverwaltung, höhere Pensen für die Schulleitungen, Kampagnen für Wiedereinsteigerinnen und mehr Flexibilität bei der Bildung von Schulklassen.

Das Vorstosspaket hätte Mehrkosten in unbekannter Millionenhöhe zur Folge, dessen ist

sich Marty bewusst, aber: «Wir können den Lehrerinnen und Lehrern bei gleichbleibenden Ressourcen nicht immer mehr Aufgaben aufbürden.»

Die Erhöhung der Pensen, was kurzfristig gegen den Lehrermangel am meisten helfen würde, hat für die SP keine Priorität. Mittelfristig werde das sogar kontraproduktiv sein, weil die Lehrkräfte wohl noch mehr belastet und noch früher aus dem Beruf aussteigen würden. Das Gegenteil müsse das Ziel sein, sagt Marty.

Meinungen sind geteilt

Im Kantonsrat sind die Meinungen zu den SP-Vorstössen geteilt. Grüne, AL und EVP werden mehrheitlich hinter den Vorstössen stehen. Die Grünliberalen,

die für eine Mehrheit entscheidend sein dürften, wollen noch über die Ideen der SP diskutieren, wie Kantonsrat Christoph Ziegler sagt.

Der Sekundarlehrer aus Elgg hat persönlich einige Sympathien dafür: «Es muss mehr Lehrerinnen und Lehrer geben, die nicht nur halb, sondern voll auf ihren Beruf setzen.» Ob dies seine Kolleginnen und Kollegen in der GLP-Fraktion gleich sehen, weiss er nicht. Die Erhöhung des Lektionenfaktors werde «schon brutal teuer».

FDP-Bildungspolitiker Marc Bourgeois ist mit der SP nur in einem Punkt einig: «Die SP-Analyse des Problems stimmt.» Die Lehrpersonen seien neben dem Unterricht zu sehr belastet, aber:

«Mehr Geld ins System zu pumpen, ist nur Symptombekämpfung und eine Kapitulation vor der Schulbürokratie.»

Mehr Zeit fürs Unterrichten

Es gehe darum, in den Schulen gewisse Weiterbildungen und Zwangssitzungen zu hinterfragen und zu streichen, damit den Lehrpersonen mehr Zeit fürs Unterrichten bleibe. Wenn die SP den Schulleitungen mehr Ressourcen geben wolle, bekämpfe sie nicht den Lehrermangel, sondern tue das Gegenteil.

Matthias Hauser, SVP-Bildungspolitiker und Sekundarlehrer aus Hüntwangen, sieht das ähnlich. Die Lehrpersonen seien von «administrativem Kram» zu entlasten.

Zudem müsse die Ausbildung der Lehrpersonen breiter werden. Heute hat ein frisch ausgebildeter Sekundarlehrer die Lehrbefähigung in vier Schulfächern. Das ist für Hauser zu wenig.

Im Kantonsrat sind neben den SP-Vorstössen noch diverse weitere Forderungen zur Bekämpfung des Lehrermangels hängig, unter anderem von Ziegler und Bourgeois. Ziegler will den Klassenlehrpersonen für ihren Spezialaufwand 200 statt nur 100 Arbeitsstunden gutschreiben. Bourgeois verlangt unter anderem ein Bonussystem für Lehrpersonen, die ihr Pensum massgeblich erhöhen wollen.

Daniel Schneebeli